

Kerstin Jüngling, Geschäftsführerin der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin

Stellungnahme

anlässlich der aktuellen Debatte zur Cannabispolitik und Cannabisprävention

08.09.15

Die zentrale Aufgabe der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin ist es, Ressourcen der Suchtprävention zu bündeln, zu vernetzen und allen zugänglich zu machen. Dabei wird das Ziel verfolgt, insbesondere den Konsum von Suchtmitteln sowie riskante Verhaltensweisen zu reduzieren, Suchtkarrieren rechtzeitig zu stoppen und Menschen ein „unabhängiges“ Leben mit Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Als Teil eines Public-Health-Ansatzes verfolgt die Suchtprävention zudem das Ziel, insbesondere Kinder und Jugendliche vor gesundheitlichen Schäden durch Substanzkonsum zu schützen.

Der Grundsatz, Menschen zu schützen und ihnen im Sinne des Capability Approach des Nobelpreisträgers Amartya Sen ein gutes gelingendes Leben zu ermöglichen, sollte daher auch im Zentrum der aktuellen Debatte zur Cannabispolitik in Deutschland stehen. Weder eine völlig schrankenlose Legalisierung von Cannabis noch eine Fortführung der zu starken und kostenintensiven Gewichtung auf den Repressionsapparat empfehlen sich. Bestehende Kompromissansätze, wie die seit einigen Jahren praktizierte Entkriminalisierungspolitik durch die sog. „geringen Mengen“ sowie die Grenzwerte des Bundesinstitutes für Risikobewertung hinsichtlich Fahrtauglichkeit bzw. Teilnahme am Straßenverkehr, sind auf den Prüfstand zu stellen. Ein nächster konkreter Schritt könnte m.E. in einer bundesländerübergreifend einheitlichen „geringen Menge“ und der Anhebung o.g. Grenzwerte für Cannabiskonsum entsprechend vorliegender europäischer Erfahrungen liegen.

Dennoch ist Cannabis keine ungefährliche oder harmlose Substanz und erfordert neben einer wesentlichen Stärkung der Prävention auch strenge Kontrollen und Überwachung des Handels und Umgangs mit Cannabis. Im Zentrum einer guten Cannabispolitik sollte der Schutz der Gesundheit, insbesondere junger, Menschen stehen, aktuell begleitet durch eine Diskussion um eine nachvollziehbare, auf Verhältnismäßigkeit basierende Regulierung.

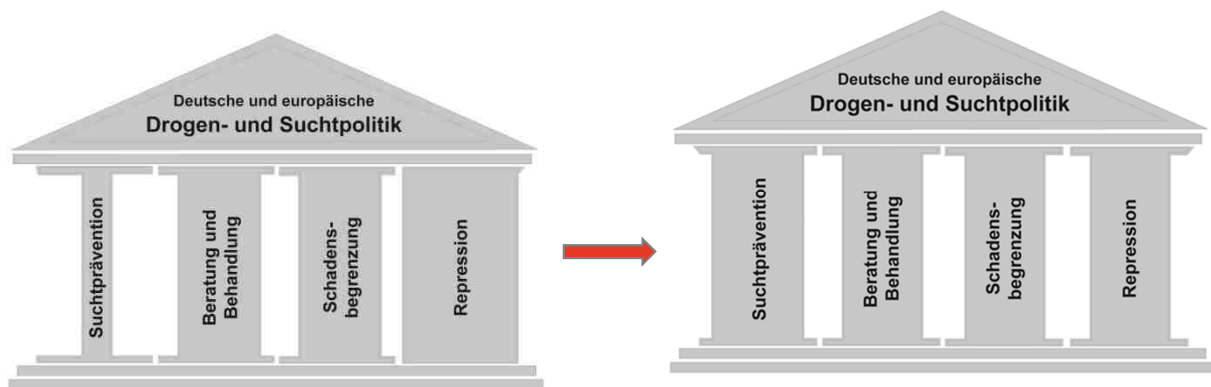
Derzeitige Modellvorhaben (beispielsweise der Antrag des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg „Regulierter Verkauf von Cannabis in Friedrichshain-Kreuzberg“ beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte) befassen sich mit der Zielgruppe der erwachsenen Konsumentinnen und Konsumenten. Cannabispolitische Vorhaben dürfen jedoch „keinen Bogen darum machen“, sich mit dem Cannabiskonsum unter Jugendlichen zu befassen.

Bekanntlich spielen Verbote für die Konsumentenscheidung junger Menschen keine ausschlaggebende Rolle (*Reuband, Karl-Heinz, Entwicklungen des Drogenkonsums in Deutschland und die begrenzte Wirksamkeit der Kriminalpolitik. In: Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle. 20. Jahrgang, Heft 1/2, 2009, sowie Prof. Dr. Cornel, Heinz et al, JDH-Studie, Berlin 2014*).

Es müssen gezielte präventive und lebensweltorientierte Aktivitäten auf die jugendliche Zielgruppe ausgerichtet werden, denn die bisherige, auf Strafbewehrung fokussierte Prävention steht dem wissenschaftlich fundierten Erlernen von Risikokompetenz und –balance entgegen!

Wir empfehlen eine pragmatische Herangehensweise an die derzeitige Debatte um eine regulierte Abgabe von Cannabis. Das staatliche Bestreben, dessen Verfügbarkeit kostenintensiv einzudämmen, steht inzwischen einer großen gesellschaftlichen Akzeptanz - trotz Verbot - gegenüber. Hier stellt sich die Frage, ob Kosten und Nutzen in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Hierbei sollte auch die Wertung des Gefahrenpotenzials der jeweiligen Droge für den Einzelnen und für die Gesellschaft Gewicht erhalten. Daher fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen, verschiedene Diskussionsrichtungen abbildenden Expertinnen- und Expertengruppe nach dem Modell einer Enquetekommission, die die derzeit geltenden Bestimmungen der Cannabispolitik auf ihre erwünschten und unerwünschten Folgen einer umfassenden Prüfung unterzieht. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich unserer Forderung weitere Fachstellen in Deutschland, wie z.B. die Hessische Landesstelle für Suchtfragen e.V., angeschlossen haben.

Die deutsche und europäische Sucht- und Drogenpolitik stützt sich auf vier Säulen:



Aktuelle Situation in Deutschland

politische Herausforderung: Prävention stärken

Ziel einer modernen Cannabispolitik muss es sein, über eine Debatte der Entkriminalisierung des Cannabiskonsums hinaus vor allem gesundheitlichen Schaden von Menschen abzuwenden. Dazu bedarf es einer dringenden Stärkung der Prävention, denn diese stabilisiert und verbessert die Gesundheit der Bevölkerung, senkt teure Behandlungs- und Repressionskosten und minimiert das Leid für Einzelne, ihre Familien und die Gesellschaft.

„Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft die Arbeit, Arbeitsbedingungen und die Freizeit organisiert, sollte eine Quelle der Gesundheit und nicht der Krankheit sein. Gesundheitsförderung schafft sichere, anregende, befriedigende und angenehme Arbeits- und Lebensbedingungen“ (*Ottawa-Charta, 1986*).

Die Berliner Suchtpräventionsfachstelle konstatiert in ihrem Leitbild:

„Gesundheit als Menschenrecht braucht gesellschaftlich und politisch mehr Gewicht.

Dafür setzen wir uns mit Verstand und Leidenschaft ein. Unser Prinzip ist Balance und Entwicklung.“